



Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

*Willkommen im Haus der europäischen Zivilgesellschaft*

**Konferenz:**  
**"How to reconcile the future EU chemical  
legislation and industry competitiveness"**

*am 12. November 2002*

im Gebäude des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses  
*in Brüssel*

*Rede des Präsidenten des  
Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses*  
**Roger BRIESCH**

---

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich freue mich, Sie im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, dem Haus der organisierten Zivilgesellschaft, empfangen zu dürfen. Der Ausschuss ist ein beratendes Organ und hat vor kurzem - mit der Plenartagung im Oktober - eine neue Mandatsperiode begonnen. Ich wurde auf dieser Tagung zum Präsidenten gewählt und übernehme diese wichtige Aufgabe in einer Zeit, in der sich neue Herausforderungen ankündigen. Diese Herausforderungen ergeben sich insbesondere aus der Erweiterung, die nach dem Europäischen Rat von Brüssel Ende Oktober in eine neue Phase eingetreten ist; sie sind andererseits auch mit der Konsolidierung des politischen und institutionellen Systems der EU verbunden, an der der Europäische Konvent arbeitet.

Ich führe die von meinen Vorgängern begonnene Arbeit fort. Diese haben sich für die Stärkung der Rolle des Ausschusses als institutionelles Forum zur Anhörung, Vertretung, Information und Artikulation der Belange der organisierten Zivilgesellschaft eingesetzt. Dieses Forum ermöglicht es den Vertretern der Organisationen der europäischen Zivilgesellschaft, integrierender Bestandteil des Prozesses der Politikgestaltung und der Entscheidungsfindung auf Gemeinschaftsebene zu sein.

Wie ich bereits anlässlich meiner Wahl betonte, ist der EWSA aufgrund seiner Zusammensetzung aus Vertretern sehr unterschiedlicher und vielfältiger Organisationen und aufgrund seiner Tätigkeit ein wichtiges Element des europäischen Gesellschaftsmodells.

Er fördert den Dialog zwischen den verschiedenen Akteuren der Gesellschaft dadurch, dass er die unmittelbaren Sorgen und Wünsche der in der Gesellschaft aktiven Bürger in seinen Stellungnahmen berücksichtigt und sie zum Ausdruck bringt, sowie durch seine praktische Arbeit vor Ort auf allen Ebenen und in allen Mitgliedstaaten.

Unser Ausschuss bezieht seine Legitimation aus dem Umstand, dass alle seine Mitglieder aufgrund ihrer Erfahrungen und Verantwortlichkeiten repräsentative wirtschaftliche, soziale und zivilgesellschaftliche Interessengruppen oder Organisationen vertreten, um eine konstruktive Rolle im allgemeinen Meinungsbildungsprozess auf europäischer Ebene zu spielen.

Der zusätzliche Wert, den der Ausschuss beisteuert, liegt darin begründet, dass an diesem Prozess alle Akteure der Zivilgesellschaft einschließlich der Organisationen, die keine Sozialpartner sind, beteiligt werden.

Aus diesem Grunde übernimmt der Ausschuss ganz selbstverständlich die Rolle eines Forums für den "zivilen Dialog", und er bietet den besten Rahmen für die Förderung der partnerschaftlichen Umsetzung einer Strategie der nachhaltigen Entwicklung, welche die soziale, wirtschaftliche, ökologische und finanzielle Dimension umfasst .

Im Zusammenhang mit der Vorbereitung unseres Beitrags zum Europäischen Konvent haben wir betont, dass nachhaltige Entwicklung im Wesentlichen eine Frage der Solidarität zwischen Generationen und zwischen Völkern und Nationen ist.

Die Europäische Union hat den Grundsatz der nachhaltigen Entwicklung bereits vor einiger Zeit in den Verträgen festgeschrieben und eine "langfristige Strategie für die Abstimmung der verschiedenen Politiken im Sinne einer wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltigen Entwicklung" festgelegt.

Diese Entwicklung steht im Einklang mit den auf der Konferenz von Rio de Janeiro eingegangenen Selbstverpflichtungen, die in verschiedenen internationalen Umweltabkommen zum Schutz der natürlichen Ressourcen des Planeten konsolidiert wurden.

Wir beteiligten uns im August dieses Jahres aktiv am Umweltgipfel in Johannesburg und trugen dazu bei, dem weltweiten Engagement neuen Schwung zu verleihen. Am 12./13. September organisierten wir gemeinsam mit der Kommission ein "Stakeholder-Forum zur nachhaltigen Entwicklung in der Europäischen Union", um dafür zu sorgen, dass alle betroffenen Akteure leichter in den Prozess der Integration der drei Pfeiler der auf dem Göteborger Gipfel im Juni 2001 konzipierten Strategie einbezogen werden können.

Ich beziehe mich deshalb auf diesen Prozess, weil die Fragen, die Sie heute erörtern – welche die Konkurrenzfähigkeit der Industrie und die künftige Rechtslage auf dem Gebiet der Chemikalien betreffen –, mit der nachhaltigen Entwicklung in engem Zusammenhang stehen. Dies wurde auch in dem zur Vorbereitung auf den Rat von Göteborg erstellten Dokument im Kapitel "Gesundheitswesen" bekräftigt.

Was das Weißbuch zur "Strategie für eine zukünftige Chemikalienpolitik" betrifft, so verfolgt es das Ziel der Gewährleistung eines hohen Gesundheits- und Umweltschutzniveaus bei gleichzeitiger Gewährleistung des guten Funktionieren des Binnenmarktes. Ebenso soll die Wettbewerbsfähigkeit und Innovation der chemischen Industrie Europas gefördert werden.

Unsere Stellungnahme zum Weißbuch wurde im Oktober 2001 verabschiedet – nach einer umfangreichen Debatte und in sehr enger Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament.

Unser Berichterstatter, Herr Sergio COLOMBO, ein italienischer Gewerkschaftsvertreter mit langjähriger Erfahrung in der Chemiebranche, die ihm bei der Erarbeitung von Stellungnahmen zu Fragen des Umweltschutzes und der Industriepolitik zugute kam, hat an zahlreichen Treffen im Europäischen Parlament teilgenommen, die von der Berichterstatterin des EP, Frau SCHÖRLING und von Frau MÜLLER gemeinsam organisiert wurden, und welche die verschiedenen betroffenen Akteure zusammenführten. Er beteiligte sich ebenfalls an der von der Kommission am 21. Mai 2002 organisierten Konferenz über die Auswirkungen der neuen Chemikalienpolitik auf die Industrie.

Jetzt, während die Kommission noch letzte Hand an ihre Legislativvorschläge legt, bietet sich also die Gelegenheit zur Fortsetzung dieser Debatte. Wir haben in unserer Stellungnahme erklärt, dass:

"Wir sind uns der noch ungelösten Probleme bewusst, die beim Übergang von den weitgehend zu befürwortenden allgemeinen Leitlinien des Weißbuchs zu seiner Umsetzung in spezifische Rechtsvorschriften bestehen.

Der Ausschuss bekräftigt jedoch seine Auffassung, dass alle Beteiligten (stakeholders) der komplizierten Anwendungsphase positiv gegenüberstehen sollten, und beabsichtigt, den Vorgang zu verfolgen und dabei selbst dazu beizutragen, dass die chemische Industrie auch in Zukunft unter Bedingungen der Sicherheit und eines größtmöglichen Gesundheits- und Umweltschutzes ihre Konkurrenzfähigkeit behält und noch verbessert."

Ich bin davon überzeugt, dass die Arbeitnehmerorganisationen einen wichtigen Beitrag zur Festlegung der neuen Rechtsvorschriften leisten können.

So haben wir in unserer Stellungnahme mit Nachdruck darauf hingewiesen, wie unangemessen wenig Aufmerksamkeit den Arbeitnehmern im Weißbuch entgegengebracht wird, "zumal in Verhandlungen der Sozialpartner wichtige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen sowie der Voraussetzungen für Sicherheit und Gesundheit innerhalb der Produktionsräume erzielt werden konnten. Durch die Einbeziehung der Behörden wurden nebenbei auch wichtige Fortschritte in den Beziehungen zwischen Produktionsbetrieb und Umfeld erreicht.

Nach Ansicht des WSA ist es wichtig, bei der künftigen Entwicklung hieran zu denken, zumal die Arbeitnehmer als erste den Risiken ausgesetzt sind, die nicht nur von chemischen Endprodukten, sondern auch von Zwischenprodukten mit oft unbekanntem Sicherheitsmerkmalen ausgehen.

In diesem Zusammenhang hielte es der Ausschuss für zweckmäßig, ein Bildungs- und Fortbildungsprogramm für die Beschäftigten aufzustellen, das u.a. auf den in den Produktionsstätten gemachten Erfahrungen aufbaut".

Dennoch kann die Zukunft der Chemieproduktion sicherlich nicht ausschließlich vom sozialen Dialog abhängen, es müssen vielmehr alle betroffenen Akteure einbezogen werden. Dabei sind die neuen, von der Gesellschaft insgesamt vorgetragenen Forderungen zu berücksichtigen, denn im kollektiven Bewusstsein der Öffentlichkeit wird „Chemieproduktion“ seit einiger Zeit mit Gesundheitsrisiken und Umweltgefahren verbunden.

Ein solch ehrgeiziger Prozess von dieser Tragweite kann, sofern er von der aktiven Teilnahme der Stakeholder begleitet und von einer gut informierten Öffentlichkeit akzeptiert wird, der chemischen Industrie Europas zweifellos eine enorme Chance für die Akzeptanz ihrer Produkte bieten. Diese sind in einer modernen Gesellschaft von wesentlicher Bedeutung für die Entwicklung neuer Verfahren und immer fortschrittlicherer Technologien. Gleichmaßen kann dadurch die weit verbreitete ablehnende Haltung überwunden werden, die auf dezentraler behördlicher Ebene – wenn es z.B. darum geht, die erforderlichen Genehmigungen für neue Produktionsanlagen zu erhalten – durchaus gefährlich sein kann.

In der Stellungnahme des Ausschusses werden eine Reihe praktischer und flankierender Maßnahmen vorgeschlagen, die auf die Belohnung innovativer Unternehmen abzielen und den zahlreichen KMU - seien es Hersteller, Importeure oder Benutzer – Anreize geben sollen, damit sie Stoffe, die hinsichtlich der Gesundheit und der Umwelt in besonderem Maße zur Besorgnis Anlass geben, vermindern und Alternativerzeugnisse dazu entwickeln.

Wir weisen ebenfalls auf die Bedeutung der globalen Dimension hin. Im Sinne der Konkurrenzfähigkeit der europäischen Chemieindustrie ist es insbesondere notwendig, alles zu tun, um die auf europäischer Ebene erzielten Normen auch auf internationaler Ebene – im Sinne einer weltweiten Harmonisierung der Vorschriften – zur Geltung zu bringen.

Dieses Ziel darf nicht als ein unbedeutender Aspekt der Strategie angesehen werden, es ist vielmehr von ganz zentraler Bedeutung für die weltweite Anwendung des Vorsorgeprinzips. Deswegen sind auch die im Rahmen internationaler Vereinbarungen erzielten Fortschritte so wichtig. Zu nennen sind z.B. das "Übereinkommen über persistente organische Schadstoffe" oder das "Rotterdam Übereinkommen über das Verfahren zum internationalen Handel mit gefährlichen Chemikalien".

Herr Staffan NILSSON, Mitglied unserer Fachgruppe "Landwirtschaft und Umweltschutz", wird auf dem Diskussionsforum heute Nachmittag Gelegenheit haben, auf eine Reihe spezifischerer Aspekte einzugehen.

Gerne würde ich an Ihren Diskussionen – die sicherlich sehr interessant sein werden – teilnehmen, aber ich muss Sie wegen einer Sitzung des neuen Ausschusspräsidiums verlassen. Ich wünsche dieser Konferenz den besten Erfolg. Sie stellt meines Erachtens eine neue Etappe in unserer Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament dar, an deren künftiger Verstärkung mir in ganz besonderem Maße gelegen ist.

---